

Geheimnis der dicken Kartoffel

Maike Rademaker, Financial Times Deutschland

07.07.2006

Zu viel Information tut nicht gut: Der Bundesrat wird sich heute dagegen entscheiden, dass Daten über die Agrarsubventionen im Detail veröffentlicht werden

Die Briten wissen es. Die Dänen auch, und die Holländer. Die Deutschen sollen es nicht erfahren. Bis zum letzten Cent wird in manchen europäischen Ländern veröffentlicht, welcher Bauer wie viel Geld aus dem 45 Mrd. Euro schweren Topf der EU-Subventionen bekommt. In Großbritannien ist es dabei egal, ob dieser Bauer Königin Elizabeth heißt oder anders - Elizabeth bekommt 1 Mio. Euro für ihren landwirtschaftlichen Betrieb.

In Deutschland soll heute der Bundesrat in seiner letzten Sitzung entscheiden, ob auch hier individuelle Daten über die Empfänger bekannt werden sollen. Das Gremium muss Stellung nehmen zu einem Grünbuch der EU-Kommission, mit dem diese eine Debatte über mehr Transparenz bei den Subventionen anstoßen wollte. Die Mehrheit des Bundesrates wird dagegen stimmen. "Wir sind grundsätzlich für Transparenz", sagte gestern der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Michael Breuer. Aber die Bekanntgabe, welcher Bauer wie viel aus dem 6 Mrd. Euro schweren Topf bekomme, könne zu Problemen führen: Die Information könne "investitionshemmend" wirken, es gelte, das "Interesse an Schutzbedürfnis der Unternehmen" zu beachten, sagte Breuer.

Tatsächlich könnte die Bekanntgabe zu Diskussionen führen. Denn der Großteil des Geldes fließt nicht an die vielen Kleinbauern, sondern, so die Kommission, zu 80 Prozent an Großbetriebe. Betriebe wie eine Genossenschaft in Barnstädt, deren 180 Beschäftigte eine Fläche von 6400 Hektar bewirtschaften mit 23 000 Schweinen und 3200 Rindern. Der Betrieb erhält im Jahr 2,4 Mio. Euro.

Die Befürchtung der Länder: Wenn bekannt wird, dass vor allem die großen, ohnehin bei den Deutschen wenig beliebten Betriebe mit Massentierhaltung und industriellen Produktionsweisen das meiste Geld bekommen, könnten Inhaber, Agrarpolitik und Subventionen unter Druck geraten.

So manch ein Großinvestor verzichte bei öffentlicher Kritik auf das Geld und auf die geplante Mastanlage - inklusive

Arbeitsplätze, haben die einflussreichen Bauernverbände den Politikern erklärt. Außerdem scheint zu viel Information nicht gut für den Bürger zu sein: Eine solche "Vielzahl der Daten für den Bürger" würde "nicht zu der angestrebten Transparenz führen", heißt es in der Beschlussempfehlung für den Bundesrat.

Das sehen 30 Organisationen, von Greenpeace bis Oxfam, ganz anders. Sie haben sich zusammengeschlossen, um Druck in der Transparenzdebatte zu machen - und eine Neuverteilung des Geldes zu erreichen. "An der Offenlegung der öffentlichen Zuwendungen geht kein Weg vorbei. Nur so kann eine Überprüfung und Neuverteilung der Subventionen erfolgen", sagte Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Die Organisationen hoffen noch auf die EU-Haushaltsverordnung, die im Herbst abgestimmt wird. Sie sieht eine Veröffentlichung aller Daten vor - und müsste von Deutschland umgesetzt werden.